

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Harald Güller

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ulrich Singer

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Vorab gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag betreffend "Solidarität bekunden mit den Protestierenden im Iran – Abschiebungen in den Iran aussetzen" auf Drucksache 18/24402 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Automatische Inflationsanpassung auch bei Lohn- und Einkommensteuer (Drs. 18/24397)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen: Wir haben derzeit eine Inflationsrate in Deutschland, die im September, glaube ich, zum ersten Mal seit 1951 wieder zweistellig war. Für mich ist das eindeutig ein Offenbarungseid der verfehlten Geldpolitik der EZB. Die ganzen Gegensteuerungsmaßnahmen helfen auch nicht. Ich kenne die Diskussion, dass natürlich die Ampel an allem schuld sei, aber an der Stelle, glaube ich, wird niemand bestreiten, dass der Hauptpunkt auf die EZB zurückgeht.

Jeder Einzelne von uns spürt, dass das alltägliche Leben erheblich teurer geworden ist. Die Preise für Lebensmittel, insbesondere für Energie, sind stark gestiegen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Staat auf keinen Fall ein Profiteur von dieser Inflation sein darf. Er sollte deshalb seine Mehreinnahmen, die er rein formal erhält, auch wieder zurückgeben müssen. Das ist einfach ein Gebot der Gerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Die Ampel in Berlin hat, auch auf Vorschlag von Finanzminister Lindner, schon darauf reagiert. Es gab drei Entlastungspakete, wobei das dritte Entlastungspaket wesentliche Maßnahmen zur Milderung der Effekte der kalten Progression enthalten hat. Die kalte Progression selbst bedeutet nicht nur, wenn ich mehr Gehalt habe, muss ich prozentual mehr Steuern zahlen, sondern sie bedeutet, dass man sogar überproportional mehr Steuern zahlen muss. Das Problem ist seit Langem bekannt. Es gab schon viele Versuche. Es gab Ansätze mit Flat Tax, mit einer Abflachung des Progressionsbauches, mit automatischen Anpassungen und diverse Mischvarianten. Es ist schon alles Mögliche vorgeschlagen worden, aber das war bisher, in den letzten Jahrzehnten, noch nie konsensfähig. Das muss man wirklich sagen.

Deshalb enthält unser Antrag jetzt zwei Punkte. Das ist zum einen die Aufforderung an die Staatsregierung, im Bundesrat beim dritten Entlastungspaket zuzustimmen, das Maßnahmen gegen die kalte Progression enthält. Wobei ich sagen muss, dass eine Anpassung des Steuertarifs insofern erfolgt, als ein Punkt – ich sage es einmal so: die Reichensteuer – ganz bewusst außen vor gelassen ist. Insofern ist ein kleiner sozialer Effekt tatsächlich drin gewesen.

Vor allem haben wir im Antrag noch eine zweite Maßnahme stehen, die eigentlich, so meine ich, ganz wichtig ist. Es geht dabei um die automatische Anpassung des Steuertarifs. Es ist ein Unding, dass das in anderen Ländern schon die ganze Zeit existiert, bei uns aber nicht. Herr Dr. Söder hat im Jahr 2014 ein Konzept erarbeitet, welches die kalte Progression ab 2018 abschaffen sollte. Er hat damals gesagt, für die Union wäre dieses Thema so wichtig wie der Mindestlohn für die SPD. Er sagte wörtlich: Wir dürfen nicht immer sagen, nach der Wahl packen wir es an, und auf Dauer passiert nichts. – Tatsächlich ist aber überhaupt nichts passiert, es ist bis heute nichts passiert. Die aktuelle Konstruktion, die wir mit dem regelmäßigen Progressionsbericht haben, macht überhaupt keinen Sinn. Ich denke, an dieser Stelle müssen wir wirklich einmal den Mut haben, das System zu ändern.

Ein Punkt ist mir noch wichtig, weil ich schon ahnen kann, was die SPD vorbringen wird: Wir müssen unterscheiden zwischen der finanzpolitischen Maßnahme und der sozialpolitischen Maßnahme. Finanzpolitisch heißt, ich muss alle Daten nach oben packen. Wenn ich anfangs, bestimmte Grenzbeträge zu reduzieren, dann diskutiere ich sozialpolitisch. Das ist eine völlig separate Angelegenheit. Deshalb ist unser Vorschlag, das ganz generell zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, kommen Sie bitte noch einmal an das Mikrofon. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen von zwei Kollegen. Kommen Sie bitte noch einmal an das Mikrofon, um die zu beantworten. – Die erste kommt von Herrn Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Nur eine kurze Frage: Sozialpolitisch? – Wir haben jetzt beim Ausgleich der Progression, beim Inflationsausgleichsgesetz, eine Regelung, bei der man von einem reinen Automatismus abweicht und den Tarifeckwert nicht verschiebt. Es bleibt bei der Reichensteuer bei 45 % ab einem Betrag von 277.826 Euro. Also, erst ab dem 277.827ten Euro falle ich unter die Reichensteuer. Ist es ungerecht, dass diese Grenze so bleibt? Oder wollte die FDP einen günstigen Steuertarif auch den Superreichen ermöglichen? – Ich finde, das war eine gute Regelung. Ich fand es auch sehr gut, dass der Finanzminister der FDP in einem Rundschreiben an die Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktionen das einen guten Kompromiss genannt hat. Sind Sie da anderer Auffassung, Herr Kollege?

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Lieber Harald Güller, du hast es ganz richtig formuliert: Es war ein Kompromiss. Ich glaube, wenn man es finanzpolitisch systematisch gemacht hätte, hätte man eigentlich alle Zahlen mit dem entsprechenden Faktor nach oben packen müssen, und alles wäre gut gewesen. Ich glaube aber, das ist einerseits an dieser Stelle die Diskussion nicht wert gewesen, und andererseits wäre es auch

schwierig gewesen, das in der Ampel durchzusetzen. Das muss man ganz ehrlich sagen.

Ob man über die Reichensteuer diskutieren muss, ob man den Betrag rauf, runter oder sonst wo setzt, ist eine völlig separate Diskussion. Die Abschaffung der kalten Progression an der Reichensteuer festzumachen, das gibt, finde ich, einfach keinen Zusammenhang. Ich denke, das ist ein Kompromiss an dieser Stelle. Was hier aber vorgeschlagen ist, das ist definitiv eine wirklich saubere finanzpolitische Maßnahme.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion vor. Herr Singer, bitte.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, Ihre Partei ist zu Recht am 09.10.2022 aus dem Landtag in Niedersachsen herausgeflogen. Sie sind aber immer noch in der Koalition auf Bundesebene vertreten. Ich frage mich, warum jetzt der Landtag diesen Beschluss fassen soll. Es geht doch um eine Maßnahme, die letztlich die Bundesregierung in die Wege leiten soll, und insbesondere um die Frage der dauerhaften Inflationsanpassung. Das sollte man meinetwegen jährlich an die jeweilige Inflation anpassen. Setzen Sie das doch selbst auf Bundesebene durch, auch wenn Sie dort nur ein ganz kleiner Koalitionspartner sind. Das sollten Sie auf der Ebene der Ampel, auf Bundesebene, hinbekommen. Wenn Sie das auf Bundesebene nicht hinbekommen, dann ist der Landtag die falsche Adresse. Sie sollten Ihre Hausaufgaben dort machen.

Mir ist noch ein anderer Fehler in Ihrem Antrag aufgefallen. Die Energiepreise steigen nicht wegen des Ukraine-Krieges, sondern auch wegen Ihres Regierungsversagens auf Bundesebene. Wir brauchen nämlich mehr Kilowattstunden. Da hatten Sie jetzt fast ein Dreivierteljahr Zeit, um umzusteuern. Die Kernkraft muss verlängert werden, wir brauchen unsere Kohlekraftwerke –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Singer, beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Ulrich Singer (AfD): – und auch Gas aus den anscheinend immer noch funktionierenden Pipelines. Eine Pipeline scheint ja noch zu funktionieren.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Singer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ulrich Singer (AfD): Jawohl.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege, ich erkläre Ihnen gerne das Gesetzgebungsverfahren. Was wir gemacht haben, ist das dritte Entlastungspaket. Das kommt am 28. Oktober in den Bundesrat. Hier ist nun die Aufforderung an die Staatsregierung, im Bundesrat nicht dagegenzustimmen, sondern zuzustimmen. Deshalb steht das hier.

(Beifall bei der FDP)

Die Anpassung betrifft ein Verfahren, das jetzt vom Finanzministerium vorgeplant wird. Es gab bereits erste kleinere Gespräche mit den Ländern. Das soll auch angestoßen werden. Auch das wird faktisch im Bundesrat landen. Deshalb auch hier schon der Antrag zu beschließen, dass wir dem Ganzen nicht entgegenstehen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kaltenhauser hat die Situation, die viele unserer Menschen, unserer Bürgerinnen und Bürger bedrückt, klar angesprochen. Der Euro ist nicht mehr das wert, was er vorher einmal war. Viele Menschen haben enorme Schwierigkeiten, ihren täglichen Lebensunterhalt mit dem zu bestreiten, was sie bekommen. Herr Kollege Kaltenhauser, Sie haben angesprochen, dass von dieser Inflation, der hoffentlich auch die entsprechenden Tarifvereinbarungen und Lohnentwicklungen nachfolgen, der

Staat im Grunde genommen nicht profitieren soll, und zwar zum einen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und zum anderen auch durch die gestiegenen Kosten durch die Unternehmensteuern.

Hier und heute geht es uns aber um die Einkommensteuer und um die Lohnentwicklung. Da muss ich ganz ehrlich sagen, es ist heute nicht das erste Mal, dass Sie sich hier im Hause mit Ihrem Koalitionspartner nicht einig sind. Sie versuchen, das immer ein bisschen zu überspielen, Tatsache ist aber, Herr Kollege Kaltenhauser, dass Sie händeringend nach einem Partner suchen, der Ihr Vorhaben durchsetzen will, das übrigens unser gemeinsames Vorhaben ist, nämlich das der Bayerischen Staatsregierung. Wir würden das grundsätzlich mit Ihnen tun, wenn Sie in diesem Zusammenhang ein wenig konsequenter wären. Die FDP hat in diesem Zusammenhang aber viele von den Grundwerten, die sie früher mitgetragen hat, vernachlässigt. Auch uns hat nicht alles gefallen, was wir in einer Großen Koalition mitmachen mussten. Wir haben aber immer wieder erklären können, warum wir bestimmte Dinge tun und warum wir bestimmte Dinge nicht tun, vor allem um Schlimmeres zu verhindern. Ich habe den Eindruck, in der Zwischenzeit verhindern Sie nicht mehr Schlimmeres durch die FDP, sondern Sie lassen schlicht und ergreifend gewähren. Ich nenne als Stichwort das Bürgergeld oder die Sanktionsabschaffungen usw. usf.

(Beifall bei der CSU)

Insoweit müssen Sie, und das sieht man auch an Ihren Wahlergebnissen, Ihren Anhängern, Ihren eigenen Parteimitgliedern und auch Ihren früheren Wählerinnen und Wählern erklären, warum Sie eigentlich noch in der Koalition sind. Das ist das eine Problem.

Was mich allerdings auch ärgert, Herr Kollege Kaltenhauser: Wir hatten im Juli, Kollege Pohl, hier eine Diskussion, in der es darum gegangen ist, dass sich die Bayerische Staatsregierung im Grunde genommen für einen Tarif auf Rädern einsetzen möge. Sie haben gefragt, was das Ganze soll, wieso wir das hier im Haus überhaupt diskutieren,

das sei eine Bundesangelegenheit. Ich stelle fest, es ist möglicherweise doch notwendig, dass wir es hier weiter diskutieren, weil man es auf Bundesebene schlicht und ergreifend nicht auf die Reihe bekommt.

Jetzt fordern Sie von uns, dass man diesem Paket zustimmt, einem Paket, das im Übrigen nicht mal mit den Bundesländern abgestimmt ist. Der Bund sagt schlicht und ergreifend, wir haben ein paar Wohltaten, aber die Länder sollen es gefälligst bezahlen in einem Ausmaß, das übrigens überhaupt nicht mit Ihren Parteikolleginnen und -kollegen in den Bundesländern abgestimmt ist. Das sollen wir als Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN jetzt einfach durchwinken, obwohl Ihre eigenen Parteikolleginnen und -kollegen in den anderen Bundesländern dazu gar nicht bereit sind. Entschuldigen Sie, da verlangen Sie eindeutig zu viel. So weit gehen die Gemeinsamkeiten, die wir in dem einen oder anderen Bereich mit der FDP durchaus noch haben, dann doch nicht.

Man muss auch ganz klar sagen: Das dritte Entlastungspaket – so wird es immer genannt – sollte richtigerweise zweites Reparaturpaket des ersten Entlastungspakets genannt werden. Aber sei's drum, wie Sie das auch immer nennen wollen. Der Punkt ist, dass Sie mit den Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, die eigentliche Inflation nicht mal richtig ausgeglichen haben. Sie haben Schätzungen jenseits von Gut und Böse vorgenommen. Ich darf kurz darauf hinweisen: Im Jahr 2022 hat man eine Tarifanpassung gemacht. Die hat einen Inflationsausgleich von 1,17 % zugrunde gelegt. In Wahrheit hat man eine Inflationsrate 2021 von 3,1 %. Für die Jahre 2023 und 2024 nehmen Sie eine Inflationsrate für das Jahr 2022 von 5,76 % und für das Jahr 2023 von 2,49 % an.

Wir alle wissen doch, dass die Realität inzwischen völlig anders aussieht. Deswegen können wir dem Ganzen nicht zustimmen, Herr Kollege Kaltenhauser. Bitte versuchen Sie auch weiterhin, wenn Sie schon in der Regierung bleiben müssen, die Koalitionspartner davon zu überzeugen, dass ein Tarif auf Rädern auf jeden Fall ein wichtiger Punkt wäre. Da hätten Sie unsere Unterstützung; wir haben das in den vergangenen Jahren ebenfalls versucht. Ich will aber darauf hinweisen: Die Aufforderung an die

Bayerische Staatsregierung, Sie möge das doch bitte tun, ist in dem Zusammenhang völlig überflüssig. Sie sollten vielleicht auch wissen, dass in den Bundesrat bereits ein entsprechender Antrag der Bayerischen Staatsregierung eingebracht worden ist, der übrigens noch über das hinausgeht, was Sie in Berlin leider nicht erreichen konnten. Für die Menschen bei uns im Lande soll deutlich mehr gemacht werden. In dem Zusammenhang würde ich dafür werben, dass Sie vielleicht den Parteifreundinnen und Parteifreunden in den anderen Bundesländern, wo Sie noch in Koalitionsverantwortung sind, gut zureden, dass man dem Antrag der Bayerischen Staatsregierung in dem Zusammenhang zustimmt.

Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag ab. Die Begründung habe ich gerade genannt. Ich hoffe, dass Sie in manchen Bereichen in der Zukunft erfolgreicher sind und den Leuten erklären können, warum Sie noch in der Regierung sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hofmann, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Sie haben den Herrn Dr. Kaltenhauser angesprochen, und er hat sich jetzt zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Hofmann, ich könnte jetzt eine ganze Menge Punkte korrigieren, die Sie falsch zitiert haben. Aber ich möchte nur zwei Punkte ansprechen.

Sie haben zum einen die Zahlen genannt, die beim jetzigen Inflationsausgleich sozusagen angesetzt wurden. Es gibt hier ein klares Verfahren mit dem zweijährlichen Progressionsbericht. Letztendlich basiert es darauf. Wenn die jetzigen Schätzungen darauf hindeuten, dass in dem Jahr oder vielleicht auch im nächsten Jahr mit 6 % kalkuliert werden muss, wie es die Bundesbank inzwischen proklamiert, dann sind diese Zahlen beim nächsten Mal genauso zu berücksichtigen. Die Zahlen sind also nicht aus der Luft gegriffen; es wurde nicht einfach das gemacht, was man sich gerade leisten konnte.

Zum anderen betrifft im Gesamtpaket der allergrößte Teil des dritten Entlastungspakets tatsächlich die kalte Progression. Ich möchte auf viele Versuche hinweisen, die von der FDP in früheren Jahren und Jahrzehnten unternommen wurden, letztendlich mit Inflationsausgleich auf Rädern die kalte Progression abzufangen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Kaltenhauser, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Hofmann, bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Okay.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege, als ich mich auf diesen Antrag vorbereitet habe, habe ich mir auch gedacht: Na ja, ist doch ungerecht, wenn man jetzt der Koalition vorwirft, man würde zu niedrige Raten ansetzen, wenn man nicht mal genau weiß, wohin es sich entwickelt; man sollte denen doch den Spielraum lassen, weil sie frühzeitig – –

(Die Stimme des Redners wird rau)

Entschuldigung, jetzt brauche ich etwas zu trinken. Wird das von meiner Zeit abgezogen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wenn Sie schnell trinken, dann geht's.

Michael Hofmann (CSU): Also, um noch mal den Gedanken zu fassen: Natürlich verstehe ich, dass Sie sagen: Es kann ja niemand genau wissen, wie die Inflationsrate im Jahr 2022 und 2023 am Ende ist, und deswegen werden wir das hoffentlich noch anpassen. – Ich hätte es Ihnen vielleicht sogar geglaubt, wenn Sie das Ganze nicht schon beim Jahr 2021 verpasst hätten. Sie hätten mit Ihrem Entlastungspaket wenigstens das Defizit, das Sie schon nicht korrigiert haben, korrigieren können. Aber das war es Ihnen auch schon nicht wert. Wie kommen Sie jetzt auf den Gedanken, wir

könnten glauben, dass Sie es beim nächsten Mal anders machen, wenn Sie es schon beim ersten Mal nicht gemacht haben?

(Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Das geht nur alle zwei Jahre!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

– Herr Hofmann. Sie können gerne an Ihren Platz zurückgehen.

Michael Hofmann (CSU): Ach so, das war's schon? – Entschuldigung.

(Heiterkeit bei der CSU)

Jetzt habe ich Ihnen 23 Sekunden der wertvollen Zeit genommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es heißt nicht, dass man länger bleiben kann, wenn es hier etwas zu trinken gibt.

(Heiterkeit)

Das Wort hat der Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP setzt das Thema "Kalte Progression" auf die Tagesordnung. Bei manchen aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörern unserer Sitzungen mag es da klingeln. Es war erst die vorletzte Sitzung, in der wir uns damit beschäftigt haben: am 21.07., kurz vor der Sommerpause. Nun gibt es eine erneute Debatte zu einem Thema, für das der Bayerische Landtag eigentlich nicht zuständig ist. Aber sei's drum, es ist Ihre Entscheidung, wozu Sie Dringlichkeitsanträge stellen.

Die FREIEN WÄHLER forderten damals lauthals: Wir brauchen den Ausgleich der kalten Progression. Jetzt liefert die Ampel an dem Punkt, die Anpassung kommt als Baustein des dritten Entlastungspakets. Ich gebe ehrlicherweise zu: In dem Ausmaß für

die Einkommensgruppen, für die das jetzt beschlossen wurde, ist das nicht unser Lieblingsvorschlag. Für kleine und mittlere und auch etwas höhere Einkommen hätte es uns auch gereicht; aber es war der Vorschlag des Finanzministers Lindner. Das ist wahrscheinlich auch die eigentliche Motivation der FDP, Finanzminister Lindner hier zu loben. Ich glaube, wir hätten hier in Bayern wichtigere und drängendere Aufgaben, mit denen wir uns mit Dringlichkeitsanträgen beschäftigen könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum war der vollständige Ausgleich der kalten Progression in allen Einkommensteuerebenen nicht unser Vorschlag? – Auf der einen Seite werden höhere Einkommen stärker entlastet; von daher ist die Maßnahme nicht allzu zielgerichtet. Wir als GRÜNE haben deswegen Bausteine in das dritte Entlastungspaket hineinverhandelt, die auch bei den kleineren Einkommen ankommen, Beispiele: Wohngeld, Studierende, etc. Das muss ich jetzt nicht alles aufzählen, das kennen Sie. Zum anderen reißt natürlich der Ausgleich der kalten Progression ein nennenswertes Loch in die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern. Konkret bedeutet das für Bayern für dieses und nächstes Jahr, wenn man das jetzt durchzieht, dass der Ausgleich der kalten Progression für den Landeshaushalt eine Summe von mindestens einer Milliarde Euro ausmacht. Wie gesagt, wir haben große Sympathie für den Ausgleich der kalten Progression in großen Teilen der Einkommensteuerebenen. Aber diese Mindereinnahmen gehören auch zur Wahrheit.

Die Ampel hat sich auf ein größeres Paket verständigt. Wir stehen als GRÜNE zu dem Gesamtpaket. Der erste Teil des Antrags wäre also zustimmungswrdig, auch weil wir GRÜNE beim Entlastungspaket noch viel für die Leute mit kleinem Geldbeutel in unserem Land erreichen können. Dass wir GRÜNE uns zu dem gesamten Antrag aber nur enthalten können, ist dem zweiten Satz geschuldet. Die FDP fordert einen Automatismus; die Anpassung zum Ausgleich der kalten Progression in allen Einkommensteuerebenen soll je nach Inflationsrate automatisch erfolgen, Stichwort: Einkommensteuertarif auf Rädern. Wir GRÜNE finden, dass weiterhin der Bundestag beschließen

sollte, wann der Einkommensteuertarif wohin fährt, wenn er mal Räder hätte. Der Bundestag soll beschließen, wann und wie die kalte Progression ausgeglichen wird, für welche Einkommensteuerklassen, für welche Einkommen, und sagen, mit welchen Mindereinnahmen dann zu rechnen ist. Für mich ist es etwas leicht vermessen, dass wir als Bayerischer Landtag den Bundestag letztlich auffordern, ein Gesetz zu machen, das dem Bundestag das Heft des Handelns an der Stelle aus der Hand nimmt. Diesem Teil können wir definitiv nicht zustimmen.

Ich kann nur appellieren: Lassen Sie uns auch mit den Dringlichkeitsanträgen die drängenden Probleme in Bayern angehen, die wir als Freistaat Bayern angehen können. Die Staatsregierung kriegt hier genug Sachen nicht auf die Kette, die wir dann in den Dringlichkeitsanträgen aufgreifen können.

Bei dem Antrag, wie er jetzt vorliegt, werden wir uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, was der Unterschied zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung ist? – Wir arbeiten harmonisch und erfolgreich zusammen,

(Lachen bei den GRÜNEN)

und die Ampel streitet, streitet und streitet und bringt es jetzt auch noch fertig, ihren Streit in den Bayerischen Landtag zu bringen und in der Opposition auszutragen. Eine Meisterleistung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dass Sie dann aber auch noch diesen Antrag stellen, setzt Ihnen wirklich die Krone auf.

Ich habe den Antrag dabei, weil ich ihn mehrmals lesen musste. Ich habe es nicht geglaubt, dass aus der Feder der FDP ein solcher Antrag kommt. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Gesetzentwurf im Bundesrat zu unterstützen gemäß dem Beschluss des Landtags vom 21. Juli 2022.

Einen Beschluss, den wir vor wenigen Wochen gefasst haben, sollen wir noch einmal fassen. Ja, wo kommen wir denn da hin, wenn wir alle Beschlüsse, die wir vor wenigen Wochen gefasst haben, wenige Wochen später noch einmal fassen? Dann dauern die Plenarsitzungen nicht bis Mitternacht, sondern bis zum nächsten Morgen. Aber vielleicht wollen Sie das ja so.

Aber jetzt wird es noch besser, lieber Kollege Kaltenhauser. Jetzt lese ich Ihnen mal vor, was Sie zu unserem Antrag damals gesagt haben, was Sie mir erwidert haben, Herr Kollege Kaltenhauser:

Der vorliegende Antrag

– also der unsere –

ist, glaube ich, wieder ein besonderes Highlight

– da haben Sie ja recht –

der parlamentarischen Selbstironie. Anders kann man das nicht bezeichnen. Der Bayerische Landtag ist dafür nicht zuständig. Die Regierungsparteien fordern sich selbst zu etwas auf – und zu etwas, was die CSU schon seit vielen Jahrzehnten hätte machen können.

Wenn Ihr neuer Fraktionskollege dazu gesprochen hätte, hätte es zumindest eine gewisse Konsequenz gehabt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dass Sie es chamäleonhaft schaffen, innerhalb von zwei Monaten Antrag und Begründung zu verändern, nötigt mir Bewunderung ab.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wissen Sie eigentlich, Herr Kollege Kaltenhauser, wie Sie und Ihre Fraktion damals unseren Antrag abgestimmt haben? – Sie haben sich enthalten. Und jetzt fordern Sie uns auf, diesem Antrag zuzustimmen, dem Sie damals nicht selber zustimmen konnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll man mit so einem Antrag machen? – Man lehnt ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Pohl, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ihre Rede hat eine Zwischenbemerkung des Kollegen Kaltenhauser evoziert. Bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Pohl, in der Flexibilität der Positionen bin ich noch nicht so weit wie die FREIEN WÄHLER, aber trotzdem habe ich an der Stelle zwei Anmerkungen.

Erstens. Was steht denn in unserem Antrag? – Ich habe hier eine Aufforderung, dem Gesetzentwurf zu dem dritten Entlastungspaket zuzustimmen. Das hat zwar diesen Titel, aber ein Teil davon ist der Inflationsausgleich. Insofern ist es schon ein kleiner Unterschied.

Zweitens. Lesen Sie doch mal bitte die Begründung von damals genau durch, warum wir uns seinerzeit enthalten haben. Der damalige Antrag war so etwas von wachstumsweich formuliert, dass es kaum noch zu erfassen war, was der tatsächliche Beschluss war. Nun an der Stelle zu sagen, jetzt fordert ihr dasselbe, stimmt nicht. Aber diese Leseweise kennen wir ja.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Kaltenhauser, wenn das jetzt eine Bewerbungsrede für einen Fraktionsübertritt war, lehne ich es ab. Und zweitens: Wenn der Antrag wirklich so wachweich war, warum beziehen Sie sich dann in Ihrem Antrag auf den unseren? – Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahrheit ist, die Regierungsparteien in Berlin und in München lieben die Inflation. Sie brauchen die Inflation; denn nur mit ihr können sie die von ihnen verursachte Schuldenkatastrophe hinauszögern, die unweigerlich zum Zusammenbruch des Euro führen muss.

Sie haben im Bund über 2,3 Billionen Euro explizite Staatsverschuldung und rund 15 Billionen implizite mitzuverantworten. Stapelt man Euro-Münzen übereinander, ergibt das mehr als die 77-fache Entfernung der Erde bis zum Mond. Das ist wohl auch der Ort, auf dessen Rückseite Sie sich die meiste Zeit aufhalten. Zusätzlich haben Sie dem deutschen Steuerzahler noch mindestens weitere 2 bis 4 Billionen Euro Schulden unserer europäischen Nachbarn aufgeladen.

Diese astronomische und niemals rückzahlbare Schuldenlast ist Ihr Krieg, nämlich der Krieg gegen die kommenden Generationen, es ist der Krieg gegen unsere Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Da helfen auch wohlklingende FDP-Anträge nichts mehr. Sie kratzen an einem toten Zahn, dessen Wurzel längst verfault ist.

Weil nun aber auch der letzte grün-gewokete CSU-Apparatschik kapiert hat, dass diese Schulden die europäische und bayerische Wirtschaft ersticken werden, hat er die gigantische Ausweitung der Eurogeldmenge durch die EZB mit hochrotem Kopf beklatscht. Schulden mit der Druckerpresse zu bezahlen, hat der CSU-Mitläufer neben der Klimaheilslehre auch noch von seinen neuen sozialistischen Freunden gelernt. Deshalb treiben Sie auch die Einführung eines digitalen Zentralbank-Euro voran, der nichts anderes wäre als eine neo-sozialistische Supergau-Veranstaltung.

Ende August dieses Jahres belief sich die Geldmenge M3 in der Eurozone auf rund 16,1 Billionen Euro. Dies entspricht einer Verdreifachung seit Einführung des Euro, was nun eigentlich in Ordnung wäre, wenn sich gleichzeitig auch die Wertschöpfung verdreifacht hätte. Gut, das hat sie auch, nur halt nicht bei uns, sondern in China.

Die wahnhafte Bedienung der digitalen Druckerpresse ist der eigentliche substanzielle Grund für die höchste Inflation in der Geschichte der Bundesrepublik und die anhaltende Lohn-Preis-Spirale.

Die aktuelle 10-Prozent-Verbraucherpreis-Inflation ist deshalb auch nur ein Zwischenschritt. Die Erzeugerpreise sind im September um 35,6 % gestiegen, die für Energie gar um 139 %. Bürger und Unternehmen können ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Letztere gehen bald reihenweise in die Insolvenz oder wandern aus. Damit steht Deutschland vor der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Selbst Spitzenökonom Hans-Werner Sinn sagt ganz klar: Ein Gasembargo gegen Russland ist der falsche Weg. – Ihre pseudo-ökologischen Energiesteuern sind es auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was interessieren uns die Kriege, die nicht die unseren sind? Die bayerische Wirtschaft braucht das günstige russische Gas, um wettbewerbsfähig zu bleiben und somit unseren Wohlstand zu sichern.

(Beifall bei der AfD)

Mit Ihrer Politik spalten Sie das Land und gefährden unsere Demokratie.

Für uns als AfD gilt: Unser Geld für unsere Leute. Kein bayerisches Kind und kein bayerischer Rentner soll für die Ukraine frieren und letztlich hungern müssen. Sie treiben mit Ihrer Politik die ganze deutsche Bevölkerung in den Ruin.

(Beifall bei der AfD)

Die CSU hat zusammen mit der CDU und den restlichen Einheitsmeinungsparteien den Weg zur sicheren, billigen und umweltfreundlichen Energie für Deutschland verbaut, die wir in dieser existenzgefährdenden Krise so dringend bräuchten; denn sie waren es, die den Atomausstieg und die Zerstörung der deutschen Kernenergiebranche beschlossen haben.

Herr Söder – leider ist er heute wieder einmal nicht da –, Sie haben damals als Minister sogar mit dem Rücktritt gedroht, sollte Deutschland nicht aus der Kernenergie aussteigen. Dieser Rücktritt wäre heute zweifellos eine der besten Maßnahmen gegen Inflation und hohe Energiepreise. – Gott schütze Bayern.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Vor der AfD!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zur Rede von Frau Ebner-Steiner nur eine Anmerkung: Wenn Sie hier an diesem Rednerpult sagen, was interessieren uns die Kriege, die nicht die unseren sind, dann ist das menschenverachtend, abscheulich und abzulehnen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Heute sind wieder zig Menschen aufgrund eines Angriffskriegs, den Putin angezettelt hat, gestorben. Das interessiert Sie nicht. Das ist, wie gesagt, abscheulich und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, zum Antrag der FDP-Fraktion. Wir haben zum Thema kalte Progression hier am 21.07. eine kurze Aussprache geführt. Ich habe dem Kollegen Pohl in der Bekämpfung der kalten Progression in zwei Minuten einen Grundkurs gegeben. Ich habe Ihnen gesagt, die Ampel-Regierung in Berlin wird das erledigen. Es gibt dazu einen guten Mechanismus. Er ist über den Existenzminimumsbericht und den Steuerprogressionsbericht institutionalisiert. Das ist am Werden, das liegt uns jetzt vor. Es ist das Inflationsausgleichsgesetz. Diesem kann und muss man im Bundesrat nach Auffassung der Sozialdemokratie zustimmen. Deswegen werden wir auch dem Teil im Antrag der FDP zustimmen.

Beim Thema kalte Progression stellt sich die Frage, ob es automatisch ein "Tarif auf Rädern" sein muss. Dazu gibt es eine klare Antwort von der SPD: Nein, das muss es nicht sein, weil es auch noch politische Gestaltungsmöglichkeiten geben muss. Dafür ist das vorliegende Gesetz ein gutes Beispiel. Wir, die SPD, die GRÜNEN und die FDP gemeinsam unter Olaf Scholz, haben den Kinderfreibetrag auf 2022 vorgezogen. Wir haben die Tarifeckwerte nicht überall angehoben, sondern haben beim Spitzensteuersatz der Superreichen gesagt: Nein, das muss nicht verschoben werden. Das ist sozial gerecht. Wir haben ansonsten das Existenzminimum weiterhin von jeglicher Besteuerung freigestellt. Das ist gut und richtig. Ich finde, dass politische Handlungsfähigkeit und politische Verantwortung im Deutschen Bundestag gut aufgehoben sind. Deswegen werden wir dem zweiten Absatz im FDP-Antrag nicht zustimmen. Ich beantrage und bitte die FDP, dem zuzustimmen, dass wir über die zwei Teile des Antrags getrennt abstimmen können. Dann kommen wir auch zu einem guten Ergebnis.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Macht ihr das in der Bundesregierung auch so?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Sehe ich es richtig, dass wir jetzt getrennt abstimmen sollen? – Ja.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP auf Drucksache 18/24397 in Punkt eins seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP, der AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist Punkt eins zugestimmt.

(Tobias Reiß (CSU): Abgelehnt!)

Entschuldigung, damit ist er abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der Drucksache 18/24397 in Punkt zwei – "Tarif auf Rädern" – zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER und die CSU. Damit ist auch dieser Punkt des Antrags und der Antrag insgesamt abgelehnt.